

Beschluss Gemeinsam stabil bleiben: Strategien für eine starke außerparlamentarische Opposition

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 14.12.2024
Tagesordnungspunkt: 14 Sonstige Anträge

Antragstext

1 Die Ergebnisse der Landtagswahlen und der Kommunalwahlen haben zu drastischen
2 Verlusten nicht nur an Stimmen, sondern auch von Fraktionen und Sitzen in
3 Stadträten, Kreistagen und dem Landtag geführt. Die daraus resultierenden
4 Verluste von Abgeordneten- und auch Fraktionsbüros in den Landkreisen führen zu
5 einem drastischen Verlust von Anlaufpunkten für Menschen, um mit bündnisgrüner
6 Politik in Kontakt zu kommen. Die politische Sichtbarkeit und
7 Gestaltungsmöglichkeiten sind durch den Verlust der Fraktion im Landtag sowie
8 von Mandatsträger*innen als „grüne Gesichter“ in den Kommunalparlamenten
9 deutlich eingeschränkt und werden neben politischen Fragestellungen der
10 Ausrichtung zur größten Herausforderung in der Vorbereitung aller folgenden
11 Wahlen.

12 Für die Arbeit in der außerparlamentarischen Opposition gibt sich der
13 Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen folgende Ziele zur Anpassung der
14 Strukturen und Arbeitsweisen.

15 **Stärkung & Sichtbarkeit vor Ort**

16 Ziel ist die Sicherstellung und mittelfristig die Erhöhung der physischen
17 Sichtbarkeit von bündnisgrüner Politik und Menschen in den ländlichen KVen.
18 bündnisgrüne Politik muss Menschen in ländlich geprägten Gebieten erreichen, um
19 dort dem Narrativ einer „Stadtpartei“ entgegenzuwirken und grüne Politik
20 verständlich zu machen. Dafür bleibt es weiterhin eine entscheidende Aufgabe,
21 Kreisverbandsstrukturen gerade in mitgliederschwächeren Regionen zu stärken und
22 die Kreisverbände weiterhin bei der Professionalisierung ihrer Arbeit zu
23 unterstützen. Es gilt, gemeinsam die Arbeit vor Ort weiterzuentwickeln und
24 gemeinsam einen größeren Fokus auf Öffentlichkeitsarbeit, gesellschaftliches
25 Agenda-Setting und Dialogformate zu setzen, auch in Verknüpfung mit der
26 kommunalpolitischen Arbeit. Die Unterstützung und Vernetzung unserer kommunalen
27 Mandatsträger*innen muss künftig einen noch größeren Stellenwert bekommen, auch
28 angesichts des Wegfalls eines großen Teils der Ressourcen von DAKT. Ziel sollte
29 es sein, dem fundamental negativen Images der Partei vor allem im ländlichen
30 Raum etwas entgegenzusetzen. Dies kann beispielsweise über engagierte
31 bündnisgrüne Personen geschehen, die sich strategisch in bestimmten Projekten
32 und Bündnissen engagieren, die inhaltliche Schnittmengen mit uns haben und an
33 denen eine relevante Menge an Menschen vor Ort interessiert sind. Aber auch die
34 eigenständige politische Arbeit muss weiter gestärkt werden, beispielsweise mit
35 einem Instrumentenkasten an barrierearmen Formaten, Aktionen und Kampagnen.
36 Vielerorts ist Vertrauen in bündnisgrüne Politik verloren gegangen, viele
37 Menschen sind noch nie mit bündnisgrünen Mitgliedern in Kontakt gekommen. Dem
38 müssen wir vor Ort etwas entgegensetzen – durch passende, regionalspezifische
39 Angebote – niedrigschwellig, lebensweltorientiert und alltagsnah. Dafür braucht

40 es auch mehr methodisches Wissen in Bezug auf Netzwerk- und Bündnisarbeit für
41 die Fläche und die Bündelung sowie effiziente Bearbeitung von alltäglichen
42 Kreisverbandsarbeiten, um die ehrenamtliche Zeit weniger in das Verwalten und
43 mehr in das Wirken vor Ort investieren zu können.

44 Bündnisarbeit als zentrale Säule der APO

45 Es braucht eine spezifische Antwort auf die in weiten Teilen Thüringens geringe
46 Mitgliederstärke und Ausstrahlungsmöglichkeit in lokale Zivilgesellschaft sowie
47 der Entkopplung von Politik und politischem Handeln von Parteien, wie sie
48 insbesondere in kleinen Gemeinden und Dörfern zunehmend zu beobachten ist.
49 Netzwerke mit progressiv-politischen Initiativen, Bündnissen, Projekten,
50 Vereinen und Verbänden sowie Menschen, die keine Parteimitglieder sind, können
51 für alle Beteiligten sinnvoll und fruchtbar sein. Einerseits können der
52 Landesverband und die Kreisverbände auf diese Weise Sichtbarkeit und Resonanz im
53 politischen Nahumfeld erzeugen und politische Forderungen und Ideen aufgreifen.
54 Andersherum können eigene politische Anliegen von Nichtparteiliegern
55 politisch in Kommunal-, eingeschränkt die Landes- oder auch Bundespolitik
56 getragen werden. Dies kann auch für Organisationen wertvoll sein, die sich
57 aktuell nicht offen politisch äußern können oder wollen.

58 Diese Netzwerkarbeit wird einen großen Einsatz von zeitlichen Ressourcen
59 benötigen, die ehrenamtlich von Mitgliedern eingebracht werden müssen. Hierfür
60 braucht es eine Beteiligung und Mitwirkung in Initiativen und Organisationen vor
61 Ort, als auch auf Landesebene. Es braucht ein strategisches Vorgehen für die
62 Bündnisarbeit vor Ort. Landesweit werden Unterstützung und Koordinierung des
63 Landesverbands notwendig sein. Wichtig dürfte hier sein, dass Mitglieder nicht
64 nur in thematisch nahestehenden Netzwerken aktiv sind, sondern auch als
65 bündnisgrüne gelesene Nachbarn, Expert*innen oder Mitengagierte in vielen
66 zivilgesellschaftlichen Kontexten erkennbar sind. Viele unserer Mitglieder sind
67 bereits vielfältig aktiv, doch müssen wir uns verstärkt als „Bündnisgrüne“
68 zeigen. Die LAGen wiederum sollten aktiver als bisher für bündnisgrünnahe
69 Nichtmitglieder geöffnet werden, um verstärkt als Ideengeber für die
70 Parteiarbeit zu fungieren. Der Landesverband unterstützt darüber hinaus
71 Mitglieder mit methodischem Wissen und nach Möglichkeit auch fachlich.

72 Widerstandsfähige Strukturen im Landesverband

73 Viele strategische und inhaltliche Debatten des Landesverbandes wurden in den
74 letzten Jahren im Zusammenspiel mit der Landtagsfraktion und den bündnisgrünen
75 Regierungsmitgliedern geführt, aufgrund der dort vorhandenen Expertise und
76 zeitlichen Verfügbarkeit von hauptamtlichen Beschäftigten. Dieser Feedback-,
77 Kontroll- und Debattenraum steht insbesondere für die Landessprecher*innen
78 künftig nicht mehr zur Verfügung. Es ist ein Ziel, eine funktionierende
79 Alternative zur inhaltlichen und strategischen Beratung außerhalb informeller
80 Arbeitsgruppen zu schaffen, wobei die gewachsenen ehrenamtlichen Kapazitäten im
81 Landesverband besser einbezogen werden sollen.

82 Um dies zu erreichen, schlägt der amtierende Landesvorstand Satzungsänderungen
83 zur Reformierung des Landespartei Rates (LaPaRa) und zur Reformierung des
84 Kreisvorständetreffens hin zur Kreisvorständekonferenz vor. Künftig soll der

85 LaPaRa eine stärkere Rolle als strategisches Beratungsgremium („ThinkTank“) des
86 Landesverbands innehaben. Er koordiniert die politischen Aktivitäten des
87 Landesverbands sowie berät und unterstützt den Landesvorstand. Außerdem vernetzt
88 er durch seine Zusammensetzung die unterschiedlichen Ebenen des Landesverbands.
89 Er kommt mindestens zwei mal im Jahr zusammen und erarbeitet
90 Handlungsempfehlungen zu strategischen Fragen. Die Kreisvorstände-Konferenz dient
91 als zweithöchstes beschlussfähiges Gremium des Landesverbands, die dabei
92 insbesondere die regionalen Belange abbilden soll. Bei Nichtannahme der
93 Satzungsänderungen empfiehlt es sich, dass der neue Landesvorstand weitere
94 Optionen evaluiert und einbringt.

95 Unsere Landesarbeitsgemeinschaften (LAGen) bedurften bereits vor der
96 Landtagswahl einer Diskussion über inhaltliche und strukturelle Ausrichtung. Die
97 inhaltliche Arbeit der LAGen konnte von der inhaltlichen Arbeit in der
98 Landtagsfraktion und der bündnisgrünen Ministerien profitieren, jedoch hatten
99 die LAGen immer wieder Schwierigkeiten, kurzfristig eigene Akzente zu setzen und
100 ihren Wirkungsraum zu finden. Nun gilt es, die LAGen zu einer gestärkten, an
101 inhaltlichen Ausarbeitungen orientierten Arbeit zu befähigen. Die wird dadurch
102 erleichtert, dass die Arbeit nicht mehr akut an das tagespolitische Agieren der
103 Landesregierung geknüpft sein muss, sondern der mittelfristigen Erarbeiten von
104 neuen Positionen im Vordergrund steht. Ein weiteres Ziel ist es, die Vernetzung
105 der LAGen mit der Zivilgesellschaft zu stärken.

106 Für die neuen Anforderungen an die LAGen braucht es Maßnahmen zur
107 Mitgliedergewinnung in den LAGen, Zieldefinitionen der LAG-Arbeit zur stärkeren
108 Selbstwirksamkeit, Befähigung insbesondere der LAG-Sprecher*innen für die
109 steigenden Anforderungen, strukturelle Neuorganisation der LAGen, Unterstützung
110 für die stärkere Bündnisarbeit, bessere Organisation der Kommunikationswege der
111 LAGen zu anderen Gremien und auch unter den verschiedenen LAGen.

112 **Stabile und tragfähige Finanzierung**

113 Durch die wegfallenden finanziellen Mittel sind mittel- bis langfristig
114 Strukturen und Personal bedroht. Es ist eine schwierige Aufgabe dies abzufedern.
115 Aus diesem Grund ist es notwendig, eine stabile und tragfähige Finanzierung zur
116 (Teil-)Kompensation zu erzielen. Mittel werden zur Finanzierung von Personal in
117 der LGS, von Personal und gegebenenfalls Büros in den KVen sowie für politische
118 Kampagnenarbeit on- und offline benötigt. Doch auch Fundraising für nicht-
119 monetäre Ressourcen wie Ehrenamtspatenschaften für mitgliederschwache KVen
120 müssen mitbedacht werden. Eine landesweite Fundraisingstrategie ist nicht nur
121 notwendig, um die Fundraisingmaßnahmen des Landesverbandes fachgerecht und
122 bedarfsorientiert planen, umsetzen und evaluieren zu können, sondern auch, um
123 Maßnahmen und Methoden mit den KVen abstimmen zu können und sie als „Best-
124 Practise“-Sammlung auch adaptiert an ehrenamtliche Strukturen in die KVen zu
125 tragen. Hierfür bedarf es einer Fundraisingstrategie, die der Landesverband in
126 Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden erarbeiten um umsetzen soll.

127 **Den digitalen Raum weiter erschließen**

128 Ziel ist die Erhöhung der digitalen Reichweite bündnisgrüner Inhalte in
129 Thüringen. Dies erfordert einen Fokus von Landesverband und der Kreisverbänden

130 auf Soziale Medien als politischen Resonanz- und Diskursraum, der zurzeit aktiv
131 von AfD und rechtsextremen Influencer*innen mit ihren Inhalten und der
132 entsprechenden (Bild-)Sprache besetzt wird. Menschen in Thüringen sollen
133 regelmäßig in sozialen Netzwerken mit bündnisgrüner Politik bzw. politischen
134 Ideen und Forderungen positiv besetzt in Kontakt kommen. Hierbei braucht es
135 starke Bezüge zu deren Lebenswelt und -situation. Das kann sowohl durch eigenen
136 Content, aber auch steigende Interaktionen der Parteiprofile und auch Profile
137 der „grünen Gesichter“ vor Ort passieren. Dafür braucht es neue
138 Kommunikationswege und die Zuhilfenahme von Multiplikator*innen außerhalb von
139 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Aber auch eine stärkere Interaktion unserer eigenen
140 Mitglieder mit Social-Media-Inhalten ist dafür ein essentieller Baustein. Ein
141 solcher Gras-Wurzel-Ansatz braucht die Entwicklung einer langfristigen
142 Strategie, die von Landesebene koordiniert, aber nur in Zusammenarbeit mit den
143 Kreisverbänden funktioniert. Zudem muss auch die Professionalität der Social
144 Media-Arbeit in den Kreisverbänden weiter steigen, beispielsweise durch
145 regelmäßige Teilnahme an Schulungen und Austauschrunden.

146 Rebranding

147 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind zu einer Projektionsfläche für viele Menschen
148 geworden, die Angst vor gesellschaftlichem Abstieg haben, Überforderung in den
149 multiplen Krisen erleben oder einfach nur für populistische Botschaften des
150 empfänglich sind. Als Partei, die für Lösungsorientierung, Weltoffenheit,
151 Zukunftsoptimismus und Reformwilligkeit steht, haben wir es schwer, wenn die
152 stattfindenden Veränderungen aufgrund der multiplen Krisen vor allem negativ
153 wahrgenommen und Debatten vor allem auf Problemebene geführt werden. Aber auch,
154 wenn rechte politische Kräfte erfolgreich ein positiv-verklärendes
155 Vergangenheitsbild zeichnen und eine Abgrenzung - vor allem im Bezug auf
156 Geflüchtete - propagieren. Die Dauerangriffe nicht nur von Rechtsextremen und -
157 populist*innen sondern auch von politischen Verbündeten von rechts wie links
158 haben sich auf die Wahlergebnisse der letzten Zeit niedergeschlagen. Kritisch
159 hinterfragt werden muss jedoch auch die Rolle bündnisgrüner Politik in
160 schwierigen Regierungskonstellationen wie der „Ampel“, in der vor allem der
161 koalitionsinterne Streit das öffentliche Bild prägte, wodurch das Vertrauen in
162 die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Institutionen geschwächt und die
163 Anschlussfähigkeit rechter Diskurse in der öffentlichen Debatte gestärkt wurde.

164 Ziel muss es sein, die Partei bundesweit mit einem klar sozial-ökologischen
165 Profil, der Bereitschaft zur lagerübergreifenden Lösungsfindung und dem Willen
166 zur Gestaltung in einer vertrauensvoll arbeitenden Regierungskonstellation in
167 Erscheinung treten zu lassen. Dabei sollten gesellschaftliche Herausforderungen
168 nicht länger als etwas dargestellt werden, was der Staat paternalistisch für
169 seine Bürger*innen löst (und somit den Raum für rechte Gegennarrative schafft),
170 sondern als gemeinsame Anstrengung, in die die Menschen aktiv mit einer eigenen
171 Handlungsfähigkeit einbezogen werden können. Um diese Reparatur der grünen Marke
172 auf den Weg zu bringen, braucht es einen breiter und längerfristig angelegten
173 Prozess, der so bald wie möglich gestartet werden muss, bestenfalls gemeinsam
174 mit dem Bundesverband.

175 **Begründung**

176 Nach der Wahl braucht es neben einer politischen auch strategische und
177 strukturelle Antworten, um den Verlusten an Präsenz in der Fläche und der
178 inhaltlichen Arbeit der Landtagsfraktion zu begegnen. Es gilt, die Kreisverbände
179 in ihrer Arbeit vor Ort inhaltlich und – nach Möglichkeit – personell zu stärken
180 sowie bündnisgrüne Themen vor Ort bespielen zu können. Dies wird zusätzlich
181 durch Veränderungen in der personellen Ausstattung bzw. Zusammensetzung der LGS
182 erschwert.

183 Die notwendige Neustrukturierung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen ist eine
184 große personelle und finanzielle Herausforderung.

185 Durch die geringeren Einnahmen für den Landesverband wird sich die LGS
186 verkleinern müssen bzw. müssen neue Tätigkeitsschwerpunkte gewählt werden. Diese
187 personalpolitische Herausforderung wird durch die zu erwartende Mittelknappheit
188 noch verschärft. Der Spagat zwischen Mitgliederverwaltung sowie inhaltlich und
189 struktureller Unterstützung der Kreisverbände auf der einen, aber auch
190 landespolitischen Sichtbarkeit auf der anderen Seite wird von der verkleinerten
191 LGS und den ehrenamtlich aktiven Mitgliedern in den Kreisverbänden und
192 vielfältigen Gremien auf Landes- und kommunaler Ebene gestemmt werden müssen.
193 Dafür braucht es eine Neuausrichtung der Strukturen und der Arbeitsweisen der
194 Gremien.